

Zeitung für den Barnim

Offene Worte

Online
Nr. 356

20. Nov. 24
34. Jahrg.

Die Linke

Barnim

Frauen-
geschichte(n)

Oktober

Anna Seghers

Anna Seghers wurde am 19.11.1900 als Kind einer jüdischen Familie in Mainz geboren. 1920 absolvierte sie das Abitur an einer Höheren Mädchenschule, studierte anschließend Geschichte, Kunstgeschichte und Sinologie und promovierte 1924. 1925 heiratete sie den ebenfalls aus einer jüdischen Familie stammenden ungarischen Soziologen László Radványi. Sie hatten zwei Kinder und wohnten von 1925 bis 1933 in Berlin. Nach Veröffentlichung einiger Erzählungen erschien 1928 ihr erstes Buch, „Aufstand der Fischer von St. Barbara“, für das sie den Kleist-Preis erhielt. In diesem Jahr wurde sie auch Mitglied der KPD. Nach kurzer Gestapo-Haft floh sie über die Schweiz nach Paris. Ihre Bücher wurden verboten und verbrannt. Nach Beginn des 2. Weltkrieges floh sie mit Mann und Kindern nach Mexiko. 1942 erschien „Das siebte Kreuz“, mit dem sie weltberühmt wurde, und 1944 „Transit“. 1947 kehrte Anna nach Berlin zurück, wurde Mitglied der SED, des Weltfriedensrates, Gründungsmitglied der Deutschen Akademie der Künste und Präsidentin des Schriftstellerverbandes der DDR. Zum Ausschluss kritischer Autoren verhielt sie sich ambivalent. Anna Seghers starb am 01.06.1983 in Berlin.

Giselas Zimmermann

Die Linke unterstützt Initiative im Bundestag für straffreie Abtreibung

Weg mit dem § 218

Abtreibung ist auch in Deutschland immer noch Teil des Strafgesetzbuches. Ein überparteilicher Antrag von 236 Abgeordneten will die Straffreiheit regeln, ärztliche Ausbildung verbessern und besseren Zugang zu Verhütungsmitteln schaffen.



Foto: Gruppe Die Linke im Bundestag

Am 14. November 2024 haben 236 Abgeordnete fraktionsübergreifend einen Gesetzentwurf vorgelegt, um noch in dieser Legislaturperiode über die Neuregelung von Schwangerschaftsabbrüchen im Deutschen Bundestag zu beraten.

Laut § 218 des Strafgesetzbuches sind Schwangerschaftsabbrüche rechtswidrig. Bis zur 12. Woche bleibt der Abbruch aber mit vorheriger Beratung straffrei oder wenn medizinische Gründe vorliegen. Diese Kriminalisierung führt dazu, dass Abtreibungen nicht rechtmäßig durchgeführt werden können, medizinisches Personal zur Zielscheibe wird, Informationen über Abbrüche nur schwer zugänglich sind und die Kosten nicht durch die Krankenversicherung übernommen werden. Eine Expertenkommission hatte im Frühjahr empfohlen, Schwangerschaftsabbrüche in den ersten 12 Wo-

chen grundsätzlich zu erlauben. Der Gesetzentwurf will das nun Realität werden lassen. Danach sollen Schwangerschaftsabbrüche künftig nicht mehr im Strafgesetzbuch, sondern im Schwangerschaftskonfliktgesetz geregelt werden. In den ersten 12 Wochen der Schwangerschaft soll ein Abbruch rechtmäßig möglich werden. Der Antrag spricht sich weiterhin für eine Beratungspflicht aus, will aber die Wartezeit abschaffen. Und vor allem sollen Schwangere immer straffrei bleiben und die Kosten des Abbruchs von der gesetzlichen Krankenkasse übernommen werden.

Zusätzlich wurde ein Antrag eingebracht, in dem gefordert wird, für besseren Zugang zu Verhütungsmitteln zu sorgen und Schwangerschaftsabbrüche in der ärztlichen Aus- und Weiterbildung zu verankern.

Auch Bundestagsgeord-

nete der LINKEN haben den Entwurf unterzeichnet. Heidi Reichinnek, Vorsitzende der Bundestagsgruppe, erklärte dazu: „Es ist ein Schritt in die richtige Richtung, deswegen unterstützen wir den Vorstoß. Schwangerschaftsabbrüche müssen Teil der Gesundheitsversorgung sein. Wir brauchen gleichzeitig aber auch eine bessere Versorgung, vor allem in der Fläche und eine abgesicherte Finanzierung, nicht nur für Schwangerschaftsabbrüche, sondern auch für Verhütung.“ Sie erwartet, dass der Gesetzentwurf von allen demokratischen Parteien im Bundestag unterstützt werde.

Unterstützung gibt es in der Gesellschaft, zum Beispiel sprach sich der Paritätische Wohlfahrtsverband bereits 2023 für eine Entkriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs aus. pm/bc

nächste Online-Ausgabe am 24. November

Herausgeber: Virtuelle AG Offene Worte der Barnimer Linken & Kreistagsfraktion der Linken, ViSdP: Dominik Rabe.

Kontakt: Die Linke Barnim, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde, Telefon: 03334-385488

E-Mail: offeneworte@dielinke-barnim.de

Spendenkonto Offene Worte (Druckkosten): DIE LINKE Barnim, IBAN: DE33 1705 2000 3120 051429

Verwendungszweck: Spende OW.